



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

13. Sitzung (öffentlich)

26. September 2001

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.50 Uhr

Vorsitz: Jürgen Thulke (SPD)

Stenograf: Michael Endres

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

#### **1 Aktuelle Viertelstunde**

**hier: Geht das Aktienrecht der Gemeindeordnung NRW vor?**

auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

1

- Bericht durch ORR Dohmen (IM)

**2 Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2002 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2002**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/1402

Vorlagen 13/848 und 13/853

3

- Einführung durch Minister Dr. Fritz Behrens (IM)
- Nachfragen von Abgeordneten

**3 Bahnflächenpool NRW**

Vorlage 13/873

8

- Bericht durch StS Morgenstern (MSWKS)
- Diskussion

**4 Zustimmung des Ausschusses für Kommunalpolitik gemäß § 130 Abs. 1 der Gemeindeordnung zum Erlass einer**

- a) **Rechtsverordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt des öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung - KUV)**
- b) **Neufassung der Verordnung über das Wahlverfahren zur Benennung der Beschäftigten des Eigenbetriebs für die Wahl in den Werksausschuss (Wahlordnung für Eigenbetriebe - Eig-WO)**

Vorlage 13/797

Zuschriften 13/814, 13/909, 13/910, 13/913 und 13/917

13

Der Ausschuss für Kommunalpolitik stimmt der Kommunalunternehmensverordnung - Punkt a - mit den Stimmen von SPD und Grünen

gegen die Stimmen von CDU und FDP zu.

Die Wahlordnung für Eigenbetriebe - Punkt b - wird mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und FDP einstimmig angenommen.

**5 Mehr Bürgernähe auch bei der Aufgabe der Zulassungsstelle - Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Kraftfahrzeugs-Zulassungswesens durch kreisangehörige Städte und Gemeinden**

18

- Bericht durch LMR Reschke (MWMEV)

- Diskussion

**6 Gesetz zur Stärkung der Bürgerrechte in Räten, Kreistagen und Landschaftsversammlungen**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/197

Vorlage 13/710

22

MDgt Winkel (IM) berichtet über den Stand zweier Gerichtsverfahren zu dem Themenkomplex. Des Weiteren kommt der Ausschuss überein, den Gesetzentwurf der FDP-Fraktion dem Paket der geplanten Änderungen der Gemeindeordnung hinzuzufügen.

**7 Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/462

Vorlagen 13/215 und 13/660

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheid**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/457

-

Da der federführende Hauptausschuss noch seine Meinung zu dem Thema bilden will, stimmt der Ausschuss dem Vorschlag des Vorsitzenden, dieses Paket erneut zu schieben, zu.

**8 Bürokratieabbaugesetz - BüAbG - NRW**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP  
Drucksache 13/887

Zuschriften 13/752, 13/766 und 13/767

Vorlage 13/875

23

Da eine Anhörung zu dem Punkt geplant ist, will der Ausschuss vor einer abschließenden Befassung die Ergebnisse der Anhörung abwarten.

**9 Gesetz über die Freiheit des Zugangs zu Informationen für das Land Nordrhein-Westfalen (Informationsfreiheitsgesetz Nordrhein-Westfalen - IFG NRW -)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/1311

In Verbindung damit:

**Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen (Nordrhein-westfälisch Informationsfreiheitsgesetz - IFG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/321

Vorlagen 13/639 und 13/664

24

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen Drucksache 13/1311 mit den Stimmen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der CDU-Fraktion zu. - Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 13/321 wird gegen die Stimmen der CDU mit den Stimmen der übrigen Fraktionen abgelehnt.

**10 Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung von Schulen (Schulentwicklungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/1173

In Verbindung damit:

**Entschließung**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/1218

26

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf vorbehaltlich der Stellungnahme des DGB zu dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP zu.

**11 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1284

Vorlage 13/815

-

Der Gesetzentwurf ist zwischenzeitlich bereits im Plenum verabschiedet und somit der Tagesordnungspunkt gegenstandslos geworden.

**12 Gemeinwohlorientierte Leistungen als Teil des europäischen Gesellschaftsmodells**

Antrag der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/1223

28

Der Ausschuss nimmt den Antrag mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP an; ein entsprechendes Votum geht an den federführenden Ausschuss für Europa und Eine-Welt-Politik.

**13 Innovative Finanzierungsmodelle für den Landesstraßenbau nutzen - Investitionsstau bei Ortsumgehungen und Radwegen abbauen**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 13/1233

31

Der Ausschuss will vor einer Beratung des Antrags das Ergebnis der Anhörung abwarten.

**14 Erteilung der Betriebserlaubnis und Ausstellung eines neuen Fahrzeugscheins durch die Technische Prüfstelle bei Änderungen an Fahrzeugen - Pilotversuch -**

Antrag der Fraktion der FDP

31

Nach einem Bericht durch MR Härter (MWMEV) will der Ausschuss auf Vorschlag des Antragsstellers vor einer weiteren Behandlung des Themas die angekündigten Vorschläge des Bund-Länder-Fachausschusses für Fahrzeugzulassungen abwarten.

**15 Bildung und Erziehung für unsere Kinder sicherstellen - Familien stärken  
Ganztagsschulen flächendeckend einführen - Kinderbetreuungsangebote weiterentwickeln**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/1310

32

Der Ausschuss kommt nach kurzer inhaltlicher Aussprache überein, die Debatte dieses Tagesordnungspunktes zu schieben.

**16 Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in NRW/Bürgerstiftung**

-

Der Ausschuss will diesen Punkt erst nach der geplanten Anhörung zum Thema "Ehrenamt stärken" behandeln.

\*\*\*\*\*





**Manfred Palmen (CDU)** erinnert an den seitens seiner Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf vom 31.10.2000 und sieht ihn nach dem Inhalt der Anhörung im Wesentlichen bestätigt. Mit der von Frau Düker in die Diskussion gebrachten Evaluationskausel könne man ebenfalls leben, allerdings werde seine Fraktion dem eigenen Gesetzentwurf. Er glaube, auch wenn sich die 396 Städte und Gemeinden da vielleicht sorgten, dass sich die Regelungen wie in anderen Bundesländern noch einpendelten.

**Heinz Wirtz (SPD)** schließt sich den Ausführungen von Frau Düker an. Das Ganze stehe ein Stück weit, weil die Kommunen besonders betroffen seien, unter dem Vorbehalt noch zu stellender Änderungsanträge und einer Evaluationskausel, woran man sich aber im Zuge des weiteren Verfahrens noch mit beteiligen könne. Schließlich werde der Gesetzentwurf noch einmal im Plenum debattiert. Insofern sollte heute darüber abgestimmt werden.

*(Abstimmungsergebnis siehe Beschlussteil)*

#### **10 Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung von Schulen (Schulentwicklungsgesetz)**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der  
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Drucksache 13/1173

In Verbindung damit:

##### **Entschließung**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/1218

**Vorsitzender Jürgen Thulke** leitet ein, der federführende Schulausschuss habe am 29. August ein Hearing zur Selbstständigen Schule durchgeführt, dessen Protokoll heute zugegangen sei.

**Heinz Wirtz (SPD)** empfiehlt, den Gesetzentwurf ohne Votum an den Schulausschuss weiterzureichen. Derzeit fehle noch die Stellungnahme der Gewerkschaften insbesondere zur LPVG-Änderung. Damit sollte sich der federführende Ausschuss auseinandersetzen.

**Josef Wilp (CDU)** meint, wenn sich dieser Ausschuss ernst nehme, könne man das Thema nur schieben. Die Gemeinden seien etwa in der Budgetierung der Selbstständigen Schule so stark eingebunden, dass sich der AKo damit befassen und ein Votum abgeben sollte.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)** weist zum Verfahren darauf hin, dass der Schulausschuss die abschließende Beratung auf den 07.11. verschoben habe, da das heute eingegangene Protokoll noch ausgewertet werden müsse. Die Stellungnahme des DGB liege bereits vor; eine Reihe von die Personalvertretungsrechte betreffenden Fragen seien einvernehmlich geklärt worden.

**Vorsitzender Jürgen Thulke** sieht ein Problem darin, dass der Schulausschuss am 07.11. vormittags tage, der AKo vormittags eine Anhörung zum GFG durchführe und den Punkt erst in der sich anschließenden Beratungssitzung beschließen könne.

**Monika Düker (GRÜNE)** schließt sich dem Vorschlag an, kein Votum abzugeben und die weitere Behandlung aus pragmatischen Gründen dem federführenden Ausschuss zu überlassen, da die Kommunalpolitiker über ihre Fraktionen eng in die Debatte eingebunden seien und weitere Erkenntnisse den Fachleuten mit auf den Weg geben könnten.

**Manfred Palmen (CDU)** meint, wenn der Beratungszeitdruck aufgrund der anderen zu behandelnden Punkte nicht wäre, würde man das Thema beraten.

Im Gesetzentwurf werde unter Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung die schwierige Situation der Schulträger der 300 Schulen, die als Versuchsschulen angedacht seien, angesprochen. Die Kommunen würden damit rechnen müssen, dass Personal zur Verfügung gestellt werden müsse, damit in diesen Schulen der Verwaltungsapparat entsprechend geregelt werden könne. Er beantrage deshalb eine Vertagung des Punktes.

**Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)** meint, gerade die kommunalen Spitzenverbände hätten sich in der Anhörung eindeutig positiv für die Budgetierung ausgesprochen. In den Kommunen insgesamt sei die Stimmung diesbezüglich sehr positiv. - **Manfred Palmen (CDU)** wirft ein, entsprechende Beschlüsse der Gremien der Kommunen seien aber nicht gefasst worden.

**Heinz Wirtz (SPD)** meint, nach seiner Kenntnis unterlägen die Regelungen der Freiwilligkeit. Der Schulträger treffe eine Verabredung mit seinen Schulen, und die Schulen entschieden selbst, ob sie daran teilnehmen wollten. Die SPD-Fraktion trage die im Gesetzentwurf beschriebenen Möglichkeiten mit. Insofern schlage er nunmehr vor, vorbehaltlich der Stellungnahme der Gewerkschaften darüber abzustimmen. - **Manfred Palmen (CDU)** bemängelt diese Vorgehensweise mit dem Argument, dass das Protokoll noch nicht habe gelesen werden, und die Gremien der Spitzenverbände sich damit noch nicht hätten befassen können. Wenn sich nämlich eine Schule in der Kommune bewerbe, stehe der Träger unter Druck, da er dann im Prinzip keine Chance mehr habe, sich dem zu verweigern.

**Dr. Ingo Wolf (FDP)** wirbt angesichts der Bedeutung dieses Projekt dafür, dass der Ausschuss eine Beratungssitzung im Anschluss an die Anhörung durchführen sollte. Die vor-

gebrachten Argumente der Opposition niederzustimmen sei der Sache nicht angemessen. Wenn dem nicht nachgekommen werde, werde er sich mangels Kenntnis der Ergebnisse der Anhörung der Stimme enthalten.

Der **Ausschuss lehnt** zunächst die von seiten der Oppositionsfraktionen beantragte **Vertagung** des Punktes mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und FDP ab.

*(Abstimmungsergebnis siehe Beschlussteil)*

**11 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Regelung der Zuständigkeit und des Verfahrens nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/1284

Vorlage 13/815

*(siehe Beschlussteil)*

**12 Gemeinwohlorientierte Leistungen als Teil des europäischen Gesellschaftsmodells**

Antrag der Fraktion der SPD und der

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Drucksache 13/1223

**Vorsitzender Jürgen Thulke** schickt voraus, der Antrag sei am 21. Juni 2001 vom Plenum an den Ausschuss für Europa und Eine-Welt-Politik - federführend - sowie zur Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss, den Wirtschaftsausschuss und an den AKo überwiesen worden. Der Europa-Ausschuss wolle am 29. Oktober abschließend beraten.

Nach einer gegebenenfalls von den Fraktionen gewünschten Stellungnahme des Ministeriums und Aussprache könnte über die Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss heute befunden werden.

**Dietrich Kessel (SPD)** will dem Ausschuss angesichts der fortgeschrittenen Zeit Erläuterungen des langen Textes ersparen. Seine Fraktion bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

**Monika Düker (GRÜNE)** meint, in dem Antrag werde ausdrücklich eine Art Schutzklausel für die Kernbereiche der kommunalen Daseinsvorsorge formuliert. Es gebe einen Verweis auf den Post-Nizza-Prozess, indem das Recht der kommunalen Selbstverwaltung zu seiner